

I
01
Herrn Nemitz

**Antrag Drucksache Nr.: 00870/2023 der Fraktion DIE LINKE.
Betreff: Prüfantrag | Kostenübernahme für das Deutschlandticket für Angestellte der Stadtverwaltung**

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Übernahme der Kosten für das sogenannte Deutschlandticket für die Angestellten der Schweriner Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe und kommunalen Gesellschaften zu prüfen.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Eigener Wirkungskreis

Beurteilung für die Stadtverwaltung Schwerin:

Aus Arbeitgebersicht ist eine Unterstützung der Beschäftigten beim Erwerb eines 49-Euro-Tickets vorstellbar. Der Kommunale Arbeitgeberverband vertritt zu den in Rede stehenden Fahrtkostenzuschüssen die Ansicht, dass diese nur im Rahmen einer mit dem hiesigen Personalrat zu verhandelnden Dienstvereinbarung nach § 18a TVöD VKA gewährt werden dürfen. Eine einseitige Regelung der Dienststellenleitung kommt also aktuell nicht in Betracht. Mit der hiesigen Personalvertretung sind wir zu dem Thema im Austausch.

Beurteilung für die Eigenbetriebe und kommunalen Gesellschaften:

Der Antrag ist bezogen auf die Eigenbetriebe rechtlich nicht zulässig, da hierdurch Aufwendungen entstehen, die durch Zuschusszahlungen der Landeshauptstadt Schwerin gedeckt werden müssen. Ein erforderlicher Kostendeckungsvorschlag nach § 31 Abs. 2 KV M-V fehlt.

Hinsichtlich der Gesellschaften obliegt eine Entscheidung über freiwillige außertarifliche Leistungen in der Regel den Aufsichtsräten. Auch hier ist zu beachten, dass sich solche Leistungen an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Unternehmen zu orientieren haben. Bestimmte Unternehmen sind zudem von Zahlungen der Landeshauptstadt Schwerin abhängig, was wiederum zu einer Belastung des Haushaltes führen kann.

Es wird auf den Antrag 00228/2020 Nahverkehr-Jahreskarte für Stadtkonzernbeschäftigte verwiesen. Dort gab es schon eine Prüfung mit dem Ergebnis, dass nur wenige Unternehmen die Kosten übernehmen können. Die Kosten je Mitarbeiter beliefen sich auf 365,- €/ im Jahr, beim Deutschlandticket stehen mehr Kosten im Raum.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Art der Aufgabe: Freiwillige Aufgabe (neu)

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: Im Antrag nicht enthalten.

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

noch nicht bekannt

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Zustimmung

Dr. Rico Badenschier